

(A) **Karin Binder** (DIE LINKE):

Jawohl. – Auch hier spielt die Verteilungsfrage leider eine wichtige Rolle.

Deshalb kann ich nur sagen: Wir haben in dieser Legislaturperiode noch viel zu tun. Herr Minister Friedrich, ich hoffe, Sie packen hier mit an.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächste Schwäbin hat Ute Vogt für die SPD das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ute Vogt (SPD):

Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, mit einem Zitat beginnen: „Wir brauchen ein neues Denken und Handeln in der Agrarpolitik.“ So hat es der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Thomas Schröder, anlässlich der Demonstration am 18. Januar 2014 in Berlin gefordert.

An diesem Tag, einem Samstagvormittag mit kaltem Wetter, haben sich immerhin über 30 000 Menschen versammelt, die dafür demonstriert haben, dass wir hier in der Agrarpolitik einen Wechsel herbeiführen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Es ist gut, wenn die Agrarpolitik öffentliche Aufmerksamkeit bekommt. Ich denke, dass wir im Koalitionsvertrag zwar keine Revolution beschlossen, aber immerhin deutliche Wegmarken gesetzt haben, auch für Neues.

Ich will das am Beispiel von Tierhaltung und Tierwohl erläutern – ich habe mich gefreut, Herr Minister, dass auch Sie das in Ihrer Rede herausgestellt haben –: Es ist unser Ziel, dass die Tierhaltung an die Bedürfnisse der Tiere angepasst wird und nicht umgekehrt. Das ist für unser Politikverständnis ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht darum, die Tierhaltung an die Größe der Flächen zu binden und Prüf- und Zulassungsverfahren im Zusammenhang mit Haltesystemen einzuführen. Das sind sehr konkrete Forderungen, auf die wir uns verständigt haben und die wir in Kürze umsetzen wollen.

Es ist ebenfalls erfreulich, dass sich auch der Bauernverband diesem Thema widmet. Aber ich will hier auch deutlich sagen: Es reicht nicht aus, nur einige Vorzeigebetriebe zu haben. Notwendig sind tatsächliche Veränderungen in Form von höheren Standards und mehr Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher, die wissen wollen, unter welchen Bedingungen ihre Lebensmittel entstanden sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Ein weiterer Schwerpunkt, Herr Minister Friedrich – ich habe mich gefreut, dazu etwas von Ihnen auf der Grünen Woche zu hören –, kam von Ihnen anlässlich des Tages des Ökologischen Landbaus – ich darf erneut zitieren, Frau Präsidentin –:

Der ökologische Landbau setzt Maßstäbe: Er schont die Ressourcen, wirtschaftet besonders umweltverträglich und orientiert sich noch stärker am Prinzip der Nachhaltigkeit.

Sehr geehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wenn Sie diese Aussagen zum Maßstab unserer gemeinsamen Politik machen, dann werden Sie hier nicht nur die Große Koalition, sondern eine weit darüber hinausgehende Mehrheit hinter sich haben, nicht nur in diesem Hause, sondern auch in der Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nachhaltig heißt auch, dass wir Gefährdungen für kommende Generationen ausschließen. In Deutschland hat die große Mehrheit der Bevölkerung große Vorbehalte gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Auch im Kabinett gibt es mit Blick auf die Ressorts eine Mehrheit dafür, keine weiteren gentechnisch veränderten Produkte – ich beziehe mich auf die Grüne Gentechnik – in Deutschland zuzulassen. Das betrifft nicht allein die SPD-geführten Ressorts, sondern ich denke, dass wir auch das Landwirtschaftsministerium an unserer Seite finden, wenn es um eine aktuelle Frage geht, nämlich die Zulassung der Maislinie 1507 auf europäischer Ebene. Wir wollen nicht, dass sie zugelassen wird.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass wir die Vorbehalte der Bevölkerung ernst nehmen. Wir fordern von der Bundesregierung und in diesem Fall vor allem auch vom Bundesforschungsministerium, dass sie sich an die dazu im Koalitionsvertrag getroffenen Regelungen halten.

Ich füge hinzu: Jenseits des Grundsatzstreites mit dem Forschungsministerium an dieser Stelle geht es im konkreten Fall um eine Maislinie, die uns weder wirtschaftlich etwas bringt, noch für die es eine Nachfrage in Deutschland gibt. Es gibt in Deutschland auch keinerlei Forschungsinteresse, was diese Maislinie angeht. Deshalb spricht im konkreten Fall – nicht im Grundsätzlichen, aber in diesem konkreten Fall – überhaupt nichts dafür, diese Maislinie zuzulassen. Ich erwarte von unserer Bundesregierung, dass wir mit einem klaren Nein zu diesem Thema nach Brüssel fahren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Sabine Leidig [DIE LINKE] – Harald

Ute Vogt

- (A) Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch schön! Dann setzt das bitte auch um!

Wir werden uns bemühen, das durchzusetzen. Wir haben noch Zeit, weil die Entscheidung der Europäischen Union noch etwas aussteht. Ich freue mich über jeden und jede, die das unterstützen, natürlich auch vonseiten des Koalitionspartners.

Ich denke, wie gesagt, wir haben einen guten Vertrag, der gute Ansätze bietet. Aber es kommt auch darauf an, dass wir das, was wir gemeinsam niedergeschrieben und zum Teil auch gemeinsam errungen haben, durchaus ernst nehmen und jetzt umsetzen. Ich freue mich darauf.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist Friedrich Ostendorff für Bündnis 90/Die Grünen.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Friedrich, eines muss man Ihnen lassen: Sie haben Ihre erste Grüne Woche mit Geschick gemeistert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben nicht, wie manche Ihrer Parteikollegen, reflexartig in das Horn des Bauernverbands geblasen.

- (B) Mir ist durchaus bewusst, dass schon die positive Erwähnung der „Wir haben es satt!“-Demo vom vorletzten Samstag und Ihr Gesprächsangebot an die 30 000 Demonstranten in Ihrer Fraktion einer kleinen Revolution gleichkommt. Angesichts der Bauernverbandsfunktionäre in Ihren Reihen werden Sie viel Rückgrat brauchen, um Ihre anfängliche Politik des Dialogs durchzuhalten. Selbstkritik, Offenheit, Dialog und Transparenz sind ja bisher nicht die Sache der CDU/CSU und des Deutschen Bauernverbands.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen geht es hier zu wie beim ADAC:

(Dieter Stier [CDU/CSU]: Das ist ja peinlich!)

Es wird beschönigt und verharmlost. Kritiker werden beschimpft, ausgegrenzt und zu Nestbeschmutzern und Antidemokraten erklärt, mit denen man besser nicht spricht.

So empfiehlt der Bauernverband seinen Mitgliedern das Schönreden als Reaktion auf die wachsende Kritik an der Massentierhaltung. Man soll nicht mehr wissenschaftlich korrekt von Schnabelkürzen reden, sondern Schnabelbehandlung sagen. Man soll den Begriff „Antibiotika“ unbedingt vermeiden und bloß nicht von Massentierhaltung, sondern von moderner Tierhaltung reden. Präsident Rukwied spricht sogar von Wellness- und Relaxzonen in deutschen Schweineställen.

(Heiterkeit)

Pünktlich zur Grünen Woche findet der arglose Fahrgast im Zug ein Hochglanzmagazin namens *Meat-Magazin* vor, das die Vorzüge zügellosen Fleischkonsums anpreist und eine heile Welt der Tierhaltung vorgaukelt. Herausgeber: der Deutsche Bauernverband.

Herr Minister, der Markt verlangt Wahrheit und Klarheit mit sauberer Herkunftskennzeichnung. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Begleitet wird die Schönfärberei durch eine wilde Publikumsbeschimpfung durch Herrn Rukwied, der mit seiner wüsten Gummistiefelrhetorik alle Kritiker als Lügner und Verleumder verunglimpft, die „Gülle über redliche Bauernfamilien ausschütten“.

Die CDU/CSU sekundiert diese Strategie mit politischer Dauerblockade, egal ob es um die EU-Agrarreform, das Tierschutzgesetz, die Massentierhaltung, die Gentechnikfreiheit oder die Förderung des Ökolandbaus geht. Keine Spur von Einsicht, dass Massentierhaltung Quälerei ist, dass das Amputieren der Schnäbel bei den Hühnern eine Verstümmelung ist, dass es beim Antibiotikamissbrauch nicht um eine Bagatelle, sondern um eine Gefährdung der menschlichen Gesundheit geht und dass Strukturwandel eine unerträgliche Verharmlosung des Verlustes Tausender bäuerlicher Existenzen jedes Jahr ist. Bei keinem einzigen dieser Probleme haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, in den letzten vier Jahren etwas zustande gebracht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, wir müssen die Missstände in der Landwirtschaft schon beim Namen nennen: 65 Prozent der Stickstoffemissionen stammen in Deutschland aus der Tierhaltung. 94 Prozent der Ammoniakemissionen werden durch die Landwirtschaft verursacht. Ein Drittel der Grundwassermessstellen in den viehdichten nordrhein-westfälischen und niedersächsischen Kreisen weisen Grenzwertüberschreitungen bei Nitrat von mehr als 50 Milligramm pro Liter auf, Tendenz stark ansteigend. 1 619 Tonnen Antibiotika wurden 2012 in der Tierhaltung verwendet, davon rund 800 Tonnen in den niedersächsischen und westfälischen Hochburgen der Massentierhaltung. Gewinnen tun dabei nicht die von Ihnen beschworenen Familienbetriebe, meine Damen und Herren; Gewinner ist die von Ihnen vertretene Agrarindustrie.

Die UN hat das Jahr 2014 zum Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe ausgerufen. Heute ist zu lesen – Zitat –:

Die bäuerliche Landwirtschaft bildet das Rückgrat der weltweiten Nahrungsmittelversorgung.

So sagte der UN-Sonderbotschafter, der frühere Präsident des DBV, Gerd Sonnleitner. Wie wahr!

Nur, die Zahl der Familienarbeitskräfte in der Landwirtschaft ist von 80 Prozent 1990 auf heute 50 Prozent gesunken. Von 1999 bis 2000 haben 45 Prozent der Milchvieh-, 50 Prozent der Schweine- und 75 Prozent

(C)

(D)

Friedrich Ostendorff

- (A) der Geflügelbetriebe trotz zum Teil stark steigender Gesamtanzahl zugemacht. Diese Entwicklung ist nicht die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft, sondern ihr Ende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft liegt im Schulterschluss mit der Gesellschaft. Sie liegt in dem Versuch, gemeinsam mit der Gesellschaft eine nachhaltige, ökologische und soziale Landwirtschaft aufzubauen. Für diese Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft waren am 18. Januar über 30 000 Menschen auf der Straße.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister Friedrich, es ist gut, dass Sie moderatere Töne anschlagen und den konstruktiven Dialog scheinbar suchen. Sie haben in den letzten Tagen viele Erwartungen geweckt. Nun ist es Zeit, Taten folgen zu lassen und endlich etwas für die bäuerliche Landwirtschaft zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächste hat Marlene Mortler das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) **Marlene Mortler (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Begriff des Nestbeschmutzers hat einen Namen: Friedrich Ostendorff.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es unsäglich, wie er hier unsere Landwirtschaft in Europa und in Deutschland in Bausch und Bogen verurteilt hat.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Er hat kritisiert, und das ist okay!)

So geht es nicht. Wir stehen dafür, dass Missstände aufgedeckt werden. Wir stehen dafür, dass schwarze Schafe an den Pranger gestellt und bestraft werden.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt zu viele schwarze Schafe!)

Aber wir stehen auch zu unseren Landwirten, die nach bestem Wissen und Gewissen ihren Beruf ausüben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Damit zu unserem Minister. Ich finde es klasse, wie er in den letzten Wochen das Thema Landwirtschaft an sich gerissen hat; das haben wir gerade wieder live erlebt. Für mich war das eine Liebeserklärung an den ländlichen Raum und an die Landwirte im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU/CSU – Willi Brase [SPD]: Ich wusste gar nicht, dass man den

- ländlichen Raum liebt! Ich dachte, man liebt seinen Partner oder seine Partnerin! So was habe ich ja noch nie gehört!) (C)

Gerade die Grüne Woche hat deutlich gemacht, dass das Interesse an weltweiter Agrarpolitik und Welternährung immer größer wird. Diese Messe weist eine Rekordbilanz auf. 410 000 Messegäste aus über 70 Ländern und 1 650 Aussteller haben darüber diskutiert und debattiert, wie wir die Zukunft der Welternährung sichern können. Es war nicht nur ein agrarpolitisches Treffen von weltweitem Rang. Es war auch ein Großereignis, um Verbrauchern Produktion, Qualität und Sicherheit von Nahrungsmitteln transparent und anschaulich vor Augen zu führen, ein Aspekt, der – das gebe ich gerne zu – immer wichtiger wird. Unsere gut 280 000 landwirtschaftlichen Betriebe – in der Mehrzahl bäuerliche Familienbetriebe – produzieren höchste Qualität. Ich zitiere hier gerne das Bundesinstitut für Risikobewertung, das gesagt hat: Nie waren unsere hiesigen Lebensmittel sicherer als heute.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir beobachten jedoch eine zunehmende Entfremdung zwischen landwirtschaftlicher Produktion und Teilen der Gesellschaft. Transparenz in der Herstellungskette vom Saatgut bis zum Teller – wie auf der Grünen Woche erlebbar – ist wichtiger denn je, um Verständnis für moderne Produktion und moderne Verarbeitung von Nahrungsmitteln zu schaffen. Gleiches gilt selbstverständlich auch für Fragen des Tierwohls. Denn – wie eine Studie von TNS Infratest vom Mai 2013 besagt – im Bereich Sicherheit von Lebensmitteln hängt viel vom Informationsstand des einzelnen Verbrauchers ab. Je weniger er informiert ist, umso unsicherer ist er. Je mehr er weiß, umso sicherer bewertet er die Lebensmittel. (D)

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann her mit der Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel!)

Damit bin ich bei der Kollegin der Linken. Ich behaupte: Hier hat keine aufgeklärte Verbraucherin, sondern eine unaufgeklärte Politikerin gesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN: Oh! – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt weiß man, warum du nichts geworden bist in dieser Regierung!)

Fachliche, ideologiefreie Aufklärung nicht nur durch die Politik, sondern auch durch jeden einzelnen Betrieb in der Prozesskette nach dem Motto „Warum und wie mache ich was?“ ist eine Daueraufgabe. Die Entfremdung von landwirtschaftlicher Produktion bietet den Nährboden für nicht hinnehmbare Pauschalverurteilungen eines gesamten Berufsstandes. Es geht eben nicht um das Ausspielen von Biolandwirtschaft gegen konventionelle Landwirtschaft. Wir sind Gott sei Dank an einem Gunststandort, wo beide Bereiche ihre Berechtigung haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Marlene Mortler

- (A) Parallel dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehen wir diese Entfremdung auch beim Thema gesunde Ernährung. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Gesundheitssystem wegen falscher Ernährung und Verhaltensweisen folgeschwer belastet wird. Hier ist mit dem Beschluss der Kultusministerkonferenz im Herbst letzten Jahres zur Verbraucherbildung an Schulen – Stichworte „Alltagsökonomie“, „Ernährungskompetenz“, „Lebensökonomie“ – ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu frühzeitiger und damit nachhaltiger Aufklärung auf diesem Feld erreicht worden.

An dieser Stelle danke ich – genauso wie mein Minister – unseren Landfrauen landauf, landab, die der Motor dafür waren, dass diese wichtigen Felder in den Unterricht eingebaut werden. Danke!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen, meine Herren, die Vereinten Nationen haben aus guten Gründen das Jahr 2014 zum Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe ausgerufen. Sie haben erkannt: Familienbetriebe sind weltweit die Voraussetzung für starke ländliche Räume; da sind wir uns wieder einig, Friedrich Ostendorff. Und warum? Weil sie persönlich für unternehmerische, finanzielle Entscheidungen haften und damit eine hohe Eigenverantwortung übernehmen. Tag für Tag haben sie generationenübergreifend ihre Familien, ihre Mitarbeiter, ihre Tiere und eine intakte Umwelt im Blick.

- (B) Zugang zu Land und zu Eigentum, zu den Agrarmärkten und eine gute Ausbildung sind und bleiben der Schlüssel für die Landwirte nicht nur bei uns, sondern weltweit. Das heißt, wir brauchen mehr leistungsfähige bäuerliche Familienbetriebe, die mit weniger Einsatz mehr produzieren. Wir haben dafür das Wissen und das Können in unserem Land, und wir versündigen uns an der Zukunft, wenn wir dieses Wissen und Können nur bei uns umsetzen oder sogar – wie die Grünen hier – infrage stellen. Wir haben die Pflicht, einen starken Beitrag im Sinne der sogenannten Millenniumsziele in unserem Land und weltweit zu leisten.

In diesem Sinne schließe ich mit einem Satz unseres Landwirtschaftsministers:

Das Landwirtschaftsministerium ist das Wirtschaftsministerium des ländlichen Raums.

Wenn das alle Landwirtschaftsministerien der Welt erkannt haben, dann sind wir auf einem guten Weg. Wir leisten unseren Beitrag dazu.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin Mortler. – Die nächste Rednerin ist Dr. Kirsten Tackmann für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

(C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Mortler, ich glaube, so ganz den parlamentarischen Gepflogenheiten hat das nicht entsprochen, wie Sie hier mit den Kollegen umgegangen sind. Ich finde schon, man sollte da etwas fairer sein.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Um zur Realität zurückzukommen: Ganz so schick ist das in den Dörfern und kleinen Städten ja nicht.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]:
Kommt darauf an, wo!)

Das liegt auch daran, dass wir einem falschen agrarpolitischen Leitbild folgen. Die Linke will eine Landwirtschaft, die die Menschen versorgt, am besten regional. Dann ist der Markt aber nur ein Dienstleister. Aber die Realität ist, dass die Landwirtschaft der Dienstleister für einen globalen Markt geworden ist, der die Menschen nur auf ihren Geldbeutel reduziert. Dieser sozial und ökologisch blinde Markt knebelt die Landwirtschaftsbetriebe.

Wer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gut behandelt und die Natur schont, der setzt sich einem betriebswirtschaftlichen Risiko aus. Das ist der Systemfehler, den wir beheben müssen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Die Kanzlerin forderte doch gestern den Staat als die ordnende Macht, als den Hüter der Ordnung. Aber wo ist dafür der agrarpolitische Beleg im Koalitionsvertrag? Die vagen Aussagen und Prüfaufträge sind eher ein Wegducken. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Gerade weil sich die Konflikte in den Dörfern und kleinen Städten zuspitzen, brauchen wir ein neues agrarpolitisches Konzept, ein friedensstiftendes, so möchte ich es nennen. Ich will nur einige Brandherde benennen: Die Boden- und Pachtpreise sind unterdessen mit landwirtschaftlicher Arbeit nicht mehr zu finanzieren. Deshalb müssen wir den spekulativen Bodenerwerb durch nichtlandwirtschaftliche Investoren beenden.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übertragen Sie endlich die BVVG-Flächen an die ostdeutschen Länder, am besten kostenlos oder zumindest zu einem fairen Preis. Regeln Sie endlich gesetzlich Obergrenzen für die Tierhaltung, sowohl hinsichtlich der Größe als auch der Dichte für Standorte und Regionen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Megaställe mit 400 000 Hähnchen oder 40 000 Schweinen sind nicht vernünftig, weder sozial noch ökologisch, und sie werden auch nicht akzeptiert.

Stärken Sie die Erzeugerbetriebe durch die Förderung regionaler Verarbeitung und Vermarktung. Das bringt Wertschöpfung in die Regionen. Das ist übrigens besser

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) für die Betriebe als Fördergelder, die häufig in falschen Taschen landen.

(Beifall bei der LINKEN)

Stärken Sie Erzeugergemeinschaften. Binden Sie Agrargenossenschaften in die Aus- und Weiterbildung ein. Da können Sie vielleicht vom Osten etwas lernen. Schaffen Sie die anachronistische Hofabgabeklausel ab. Die ist ein Witz.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da muss ein Bauer seinen Hof verkaufen, damit er eine Armutsrente bekommt. Ich finde, das ist staatlich angeordnete Enteignung und wird den Strukturwandel allerhöchstens beschleunigen; das ist nicht notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Sorgen Sie dafür, dass bei der Energiewende die Dörfer mitbestimmen können und auch davon profitieren und nicht nur die Landeigentümer und die Investoren. Deckeln Sie den Maisanteil für Biogasanlagen bei 30 Prozent. Es gibt doch unterdessen vernünftige Alternativen, die auch noch für eine bienenfreundliche Landwirtschaft geeignet sind.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Stellen Sie klar, dass eine Vorerntebehandlung mit dem Unkrautvernichter Glyphosat keine gute landwirtschaftliche Praxis ist. Stellen Sie das ein.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sorgen Sie dafür, dass bei dringend benötigten Ausweichflächen für Hochwasser die Agrarbetriebe fair behandelt werden. Aber sorgen Sie auch dafür, dass Hochwasserschutz für viele nicht an einzelnen Landeigentümern scheitert. Dafür gibt es Art. 14 Grundgesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lehnen Sie die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen ab. Die Mehrheit durchschaut doch längst, wer davon profitiert, und sie will keine Landwirtschaft, die am Gängelband der Saatgutkonzerne hängt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Elvira Drobinski-Weiß [SPD])

Vergessen Sie übrigens auch das Freihandelsabkommen mit den USA; denn Chlorhähnchen und Fracking will nun wirklich überhaupt niemand.

Herr Minister Friedrich, machen Sie sich im Kabinett für die Dörfer stark. Die müssen per Bus und Bahn erreichbar bleiben, Kranke müssen versorgt werden, und das Internet darf kein Neuland und übrigens auch keine Verheißung werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN)

Beenden Sie die direkte und indirekte Exportförderung, weil sie den Entwicklungsländern die Zukunftschancen verbaut. Machen Sie Agrarforschung zur Chefsache. Dann ist uns selbst und auch der Welt geholfen. (C)

Zum Schluss ein Rat: Wer die Feuerwehr nicht ruft, wenn es brennt, oder absichtlich das Wasser abstellt, riskiert Totalschaden, auch politisch. Ihre 100 Tage laufen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin Tackmann. – Die nächste Rednerin in der Debatte ist Elvira Drobinski-Weiß für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Frau Präsidentin! Herr Minister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Jahren hat die Verbraucherpolitik der Bundesregierung unter ihren falschen Voraussetzungen gelitten; denn auf dem Markt der schwarz-gelben Vergangenheit bewegten sich ausschließlich mündige Verbraucher. Bei der Kollegin Mortler ist das auch hängen geblieben, wie wir vorhin gehört haben. Das sind nämlich solche, die jederzeit und überall in der Lage sind, informierte und rein rationale Konsumententscheidungen zu treffen, ob beim Zehnminuteneinkauf im Supermarkt, im Internet oder auch beim Abschluss eines Versicherungsvertrages. Dem widersprechen jedoch die Ergebnisse der Verbraucherforschung. Wir wissen alle, alle, wie wir hier sitzen, aus unserem eigenen Alltag, dass zwischen diesem Ideal und der Realität eine große Lücke klafft. (D)

Die Verbraucherpolitik gehört zu den Bereichen, in denen es mit der neuen Bundesregierung die größten Neuerungen geben wird. Damit meine ich jetzt weniger die neue Ressortaufteilung. Ich sehe, Herr Landwirtschaftsminister, Ihr Kollege Verbraucherminister ist auch da. Ich meine damit, dass die Politik auf eine neue Basis gestellt wird. Das gilt unabhängig davon, ob es um Lebensmittel geht, um die digitale Welt oder um Finanzdienstleistungen. Ich bin sehr froh, dass unsere neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag den realen Verbraucher, die reale Verbraucherin mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen, Interessen und Problemen im Blick hat. Damit können wir gemeinsam eine Verbraucherpolitik gestalten, die bei den Menschen ankommt und ihren Alltag erleichtert.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eine Verbraucherpolitik mit dem Ziel, für Schutz zu sorgen, wo Verbraucher sich nicht selbst schützen können – dafür haben wir genügend aktuelle Beispiele –, sie zu unterstützen durch gezielte und umfassende Information, Beratung und Bildung, Transparenz zu schaffen durch Vergleichbarkeit, Möglichkeiten zu schaffen für eine effektive Rechtsdurchsetzung. Zusammengefasst: Dieser Verbraucherpolitik geht es

Elvira Drobinski-Weiß

- (A) darum, Interessen, Bedürfnisse und Vorbehalte zu berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben bestimmt Verständnis dafür, dass ich, wie meine Kollegin Ute Vogt, noch ein Wort zur Agrogentechnik verliere. Ute Vogt hat bereits darauf hingewiesen, dass wir diese Technologie nicht brauchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Herr Bundeslandwirtschaftsminister, Ihr Haus hat erst im Dezember eine Studie veröffentlicht, die Ihr Haus in Auftrag gegeben hatte. Diese Studie zeigte, dass 83 Prozent der Menschen diese Technik ablehnen. Deshalb ist es für uns klar, dass die Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 in Brüssel abgelehnt werden muss.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir ein gutes, aber auch ein ehrgeiziges Programm, bei dem wir die Bundesregierung nach Kräften unterstützen wollen, zumal, wie wir wissen, gerade die Verbraucherpolitik sich dadurch auszeichnet, dass das Leben täglich neue Tagesordnungspunkte auf die Agenda setzen kann. Ich sage „das Leben“ und erinnere an Schufa, an ADAC oder an einen neuen Lebensmittelskandal. Wie wir wissen, kommt der nächste bestimmt.

- (B) (Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Die im Koalitionsvertrag skizzierten Vorgaben ergeben eine anspruchsvolle Agenda, aus der ich wegen der Kürze der Zeit nur wenige Punkte herausgreifen kann. So gilt es insbesondere, im Lebensmittelbereich verlorengegangenes Vertrauen vom Verbraucher zurückzugewinnen. Ich sehe das nicht so optimistisch, wie es einige Vorrednerinnen und Vorredner formuliert haben. Denn Anlässe zum Misstrauen gab es beispielsweise durch die großen Lebensmittelskandale wie Gammelfleisch oder Dioxin im Ei. Allzu oft fühlen sich Verbraucherinnen und Verbraucher von Verpackungsaufmachungen oder von Bezeichnungen hinters Licht geführt. Das Internetportal lebensmittelklarheit.de zeigt Fälle, in denen die Erwartungen von Verbrauchern an Produkte nicht erfüllt wurden.

Wir finden auch, dass die Verbraucher endlich eine echte Wahlfreiheit haben müssen, zum Beispiel durch eine EU-weit verpflichtende Kennzeichnung für Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Lebensmittelüberwachung soll besser vernetzt und ihre Standards sollen vereinheitlicht werden. Außerdem soll eine sachgerechte Kontrolldichte für mehr Sicherheit sorgen. Im Verbraucherinformationsgesetz

– dessen Umsetzung liegt ja in Ihrem Haus, Herr Minister Friedrich – und im Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch sollen Änderungen endlich eine rechtssichere Veröffentlichung von Verstößen ermöglichen. Ich finde, Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, zu erfahren, in welchen Betrieben geschmuddelt wird und welche Betriebe vorbildlich sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unser Ziel – ich denke, unser aller Ziel – ist ein verbraucherfreundlicher, transparenter Markt, auf dem sichere und gute Produkte unter fairen und nachhaltigen Bedingungen hergestellt und angeboten werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Jörn Wunderlich [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, liebe Kollegin. – Ich danke auch dafür, dass Sie Ihre Redezeit absolut eingehalten haben. Das war schon mal eine kleine Mahnung für alle nachfolgenden Redner.

Das Wort hat der Abgeordnete Harald Ebner für Bündnis 90/Die Grünen.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Etwas hat in der Rede des Herrn Ministers gefehlt. Es wurde dann von der gefühlten Scheinopposition SPD doch noch nachgeholt. Was die Menschen in diesem Land im Bereich Ernährung und Landwirtschaft dieser Tage nämlich umtreibt, ist jenseits von GAP und Milchquote die Frage der Gentechnik auf dem Acker.

In der nächsten Sitzungswoche entscheiden die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, also auch Sie, Herr Minister Friedrich, ob die gentechnisch veränderte Maislinie 1507 für den Anbau in der EU zugelassen wird. Sie entscheiden damit auch, ob Deutschlands Äcker weiterhin frei von Gentechnik bleiben. Das ist die Frage.

Nach jüngsten Umfragen wollen 88 Prozent der Menschen in Deutschland keine Gentechnik auf Acker und Teller – und das aus gutem Grund. Diese Maislinie bringt – wie alle anderen Gentechnikpflanzen – keinen Mehrertrag, keine qualitativen Vorteile, und vor allem produziert sie ein Insektengift, das unter anderem seltene Schmetterlingsarten bedroht.

Die Zulassung einer solchen Maislinie schadet auch dem Produktionsstandort Deutschland. Landwirte, Ernährungswirtschaft und Handel haben sich in den letzten Jahren auf eine gentechnikfreie Erzeugung ausgerichtet. Allein die 190 Mitgliedsunternehmen des Verbandes Lebensmittel ohne Gentechnik – das ist die grüne Raute der Vorgängerin Aigner – erzielen einen Jahresumsatz von 68 Milliarden Euro. Die deutsche Lebensmittelwirtschaft müsste sich nach so einer Zulassung mit einem Riesenaufwand und unter hohen Kosten vor der Verun-

Harald Ebner

- (A) Reinigung ihrer Felder und Produkte schützen. Es steht also nicht weniger auf dem Spiel als der hart errungene Status eines gentechnikfreien Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Zur Gentechnik gab es von den Koalitionären CSU und SPD vorher knackige Worte: „Freisetzen von gentechnisch veränderten Pflanzen werden in Bayern nicht gestattet“, so die CSU 2013, oder: „Wir lehnen die Zulassung der gentechnisch veränderten Maissorte ab“, so Bundeswirtschaftsminister, Vizekanzler und SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel letzte Woche.

(Willi Brase [SPD]: Guter Mann!)

Da hatte ich noch den Hoffnungsschimmer, dass sich nach dem Ausscheiden der Pro-Gentech-Fraktion FDP in diesem Haus etwas bewegt. Aber: Fehlanzeige! Die Halbwertszeit dieser Aussagen ist kurz.

(Willi Brase [SPD]: Das Entscheidende ist doch in Brüssel, Herr Kollege! Dort muss Nein gesagt werden!)

- (B) Vor gerade vier Stunden hat die Große Koalition hier im Hohen Hause, Herr Kollege, unseren Antrag gegen die Zulassung der Maislinie 1507 mit 452 Stimmen abgelehnt, auch mit der Stimme der Kollegin Vogt und mit den Stimmen der anderen Kolleginnen und Kollegen der SPD. Da finde ich es schon seltsam, wenn man jetzt hier große Töne anschlägt.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt [SPD])

Wenn im Koalitionsvertrag steht: „Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an“, dann frage ich mich schon, was das für eine Anerkennung ist. Auf so eine Anerkennung kann ich eigentlich verzichten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, denken Sie bitte an die Redezeit.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme gleich zum Schluss. – „Im Zweifel handeln wir für den Menschen“, hat Kanzlerin Merkel gestern hier verkündet.

(Willi Brase [SPD]: Machen wir!)

Die Menschen wollen diese Gentechnik nicht. Dann erwarte ich auch, dass sich der Herr Friedrich und dass sich die Bundeskanzlerin dafür einsetzen, dass die Gentechnik nicht auf unsere Äcker kommt. Deshalb hier noch mein Appell: Stimmen Sie in der nächsten Sitzungswoche in Brüssel gegen die Zulassung dieser Maissorte! Ich erwarte von der CSU und ich erwarte auch von den Kolleginnen und Kollegen der SPD, –

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Und ich erwarte, dass Sie jetzt zum Ende kommen.

(C)

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– dass sie sich effektiv, wirksam und vor allem erfolgreich dafür einsetzen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Alois Gerig für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alois Gerig (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft hat durchaus noch Bedeutung in Deutschland. 670 000 Erwerbstätige sind in dem Bereich der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft tätig. Das sind zwar gerade einmal 1,6 Prozent aller Erwerbstätigen, aber – darauf kommt es an – jeder neunte Arbeitsplatz in Deutschland hängt mittelbar oder unmittelbar mit dieser Branche zusammen. Somit ist die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsriese. Ich bin daher sehr froh, dass für die Landwirtschaft weiterhin ein eigenständiges Ministerium zuständig ist. Dies ist ein wichtiges Signal an die Landwirtschaft und an die ländlichen Räume. Die Aufgaben, die sich dort ergeben – das haben wir schon gehört –, sind in der Tat sehr vielfältig.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin nicht blauäugig; der Strukturwandel wird weitergehen. Dafür gibt es einen Grund: Unsere Höfe schließen nicht wegen Wohlstands. Das Vergleichseinkommen in der Landwirtschaft liegt rund 50 Prozent unter dem des Gewerbes. Das heißt, wir brauchen eine Politik, die die bäuerlichen Strukturen in unserem Land fördert. Das ist ganz wichtig. Die Landwirte müssen gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen vorfinden und eine gewisse Wertschätzung erfahren. Ich danke unseren Bäuerinnen und Bauern für das, was sie leisten. Wir müssen ihre Arbeit anerkennen. Sie sind sieben Tage in der Woche für ihren Hof und für ihre Tiere da, damit wir gesunde und die am besten geprüften Nahrungsmittel haben. Wenn wir es schaffen, dass die Lust und die Freude an der bäuerlichen Arbeit auf den Höfen erhalten bleibt, dann haben wir eine Chance, dass die Höfe auch über den Generationswechsel in der Landwirtschaft hinweg bestehen bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Verbraucher hat es in der Hand. Wir brauchen einen entsprechenden Dialog. Mit jedem Griff ins Regal entscheidet der Verbraucher, wer wo was produziert. Mit jedem Griff ins Regal entscheidet der Verbraucher, wie unsere Heimat aussieht und wie die Kulturlandschaft in Deutschland beschaffen ist. Deswegen bin ich Ihnen, lie-

Alois Gerig

- (A) ber Herr Minister, sehr dankbar, dass Sie den ländlichen Raum in den Mittelpunkt Ihrer Politik stellen. Das ist wichtig.

Wir, die wir aus den ländlichen Räumen kommen, wissen um die Probleme. Es gibt den demografischen Wandel und eine gewisse Abwanderungstendenz. Wir brauchen daher eine Politik speziell für die ländlichen Räume. Wir müssen den Politikern auf allen Ebenen klarmachen, wie wichtig es ist, für diesen Bereich eine besondere Politik zu machen.

Die Stückkosten für die Einwohner in den dünner besiedelten Räumen liegen nun einmal höher als für die Menschen, die in Ballungszentren leben. Das müssen wir berücksichtigen. Es geht um die Infrastruktur: Straße, Schiene und schnelles Internet. Es geht aber auch um medizinische Nahversorgung und Lebensmittelnaheversorgung sowie um die Versorgung mit Schulen. Dafür, dass es da zu Verbesserungen kommt, wollen wir gemeinsam kämpfen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die ländlichen Räume eine Zukunft haben. Davon profitieren alle Bürger in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es geht um Mittelstand und um Handwerk; das wurde bereits gesagt. Es geht auch um den Tourismus. Da sehe ich noch sehr viel Potenzial für die Zukunft.

Es geht aber auch um die Energiewende. Die Energiewende findet im ländlichen Raum statt. Dort gibt es die Ressourcen in Feld und Wald. Wir haben, wenn man so will, die Standorte für die Windkraftanlagen und die Dächer für die Solaranlagen.

- (B) (Zuruf des Abg. Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen eine Novelle des EEG. Sie ist wichtig, um die Akzeptanz der Bürger zu erhalten, lieber Kollege Ebner. Aber wir brauchen auch auf jeden Fall eine Energiepolitik, die den Markt für die erneuerbaren Energien nicht zerschlägt. Dafür wollen wir uns einsetzen, auch wenn wir regulieren und den Zubau in manchen Bereichen eingrenzen müssen. Es geht beispielsweise darum, dass die Biomasse, die stärkste Säule der Erneuerbaren, noch effizienter wird und dass wir damit Regelenergie produzieren. Der daraus erzeugte Strom kann dann eingespeist werden, wenn aus den volatilen Energien, die aus Wind und Sonne gewonnen werden, kein Strom erzeugt werden kann. Darauf müssen wir hinarbeiten. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Ich will noch kurz auf den Genmais eingehen, lieber Kollege Ebner. Wir haben heute den Antrag der Grünen abgelehnt. Dafür gibt es gute Gründe.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt bin ich gespannt!)

Im Antrag waren fachliche Fehler enthalten. Es ging aber keinesfalls um die Frage, ob wir in Deutschland gentechnisch veränderte Pflanzen wollen oder nicht. Wir waren es, die die Hürden mit schuldunabhängiger Haftung und bestimmten Abstandsflächen sehr hoch gelegt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- Wir haben doch dafür gesorgt, dass es in Deutschland keinen kommerziellen Anbau gibt. (C)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr habt die Zulassung gemacht!)

Ich sehe im Moment überhaupt keine Gefahr, dass ein kommerzieller Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen kommen wird. Ich sage auch: Ich sehe im Moment auch keine Notwendigkeit.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, wollen Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Kollegen Ebner zulassen?

Alois Gerig (CDU/CSU):

Ja, gerne.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Dann bitte schön.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke schön, Alois Gerig. – Wenn angesprochen wird, dass da fachliche Mängel in unserem Antrag wären: Der Antrag hat nur einen Satz: Der Bundestag möge beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, den Zulassungsantrag der Kommission in Brüssel abzulehnen.

In dieser Kürze kann ich mir keinen fachlichen Fehler vorstellen. Hier bin ich für eine Erläuterung dankbar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Mich würde auch interessieren: Wenn gesagt wird, es gebe doch gar keinen Anbau, auch wenn er zugelassen ist, weil wir so tolle Regeln haben. Obwohl wir diese Regeln haben, hatten wir mit MON 810 3 000 Hektar Anbau in Deutschland. Das ist wenig, aber es ist nicht nichts. Und es laufen heute noch Gerichtsprozesse dazu. Und da frage ich schon: Wie kommt man zu einer solchen Aussage, wenn man genau weiß, was damals lief? (D)

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alois Gerig (CDU/CSU):

In dem Antrag, der mir vorliegt, lieber Kollege Ebner, ist sehr ausführlich erläutert, dass es um ein Pflanzenschutzmittel geht, dass es darum geht, dass die Mehrheit der deutschen Bürger das nicht will und man deswegen diesen Antrag eingebracht hat. Vielleicht gibt es einen neueren Antrag, den ich nicht gesehen habe. Aber das Papier, das ich gesehen habe, liefert Gründe genug, um es abzulehnen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur ein Satz!)

Wir müssen natürlich einen Dialog führen – ohne Zweifel. Aber wir müssen differenzieren. Wir dürfen nicht nur polarisieren, nicht mit ideologischen Scheuklappen nur dem Mainstream folgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

Alois Gerig

- (A) Das ist zu einfach. Wenn der Kollege Ostendorff einerseits sagt, man müsse Transparenz herstellen und einen Dialog führen, und andererseits in seiner Rede nur auf die Landwirtschaft einschlägt, dann ist das auch nicht fair.

(Beifall des Abg. Hermann Färber [CDU/CSU] – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist selber Bauer!)

So müssen wir auch mit dem Thema GVO umgehen. Wir müssen differenzieren. Wir brauchen dies nicht in Deutschland. Es gibt überhaupt keinen Grund für irgendeine Sorge, aber die Welt wird sich weiterdrehen. Die Bevölkerung wird weiter zunehmen. Länder, in denen der Hunger groß ist, werden vielleicht noch sehr froh sein; gentechnisch veränderte Pflanzen können dort unter Umständen eine Chance sein. Ich möchte keine Gentechnik in Deutschland. Aber ich bitte auch darum, dass wir dieses Thema nicht als Ersatz für „Atomkraft? Nein danke“ nutzen. Das wird diesem Thema nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir dürfen dieses Thema nicht nur emotional behandeln. Wir sind es unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, dass wir bei diesem Thema etwas fairer miteinander umgehen und in einen Dialog eintreten.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum gehen dann die Menschen auf die Straße?)

- (B) Alles in allem brauchen wir eine Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik für die Verbraucher, die transparent ist, die aber auch eine gewisse Wertschätzung an den Tag legt. Das brauchen wir in der Gesellschaft, das brauchen wir in der Politik. In unserem Fachbereich brauchen wir eine Politik im Sinne der Ernährung, eine Politik im Sinne unserer schönen Kulturlandschaft, eine Politik, die die Energiewende schafft. Ich bin davon überzeugt. Meine Damen und Herren, packen wir es an! Auch in der Großen Koalition werden wir gemeinsam genau dies schaffen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. Ich darf Ihnen im Namen des ganzen Hauses – wenn ich jetzt wüsste, ob Sie singen können, würde ich Sie jetzt bitten, aufzustehen und zu singen – alles, alles Gute – –

(Abgeordnete der CDU/CSU und der SPD singen *Happy Birthday to You*)

– Bitte alle!

(Abgeordnete der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN stimmen in den Gesang ein – Beifall)

- Alles Gute zum Geburtstag! Unser Geschenk von hier oben waren drei Minuten mehr Redezeit. Das ist ziemlich viel Redezeit für die Opposition. Alles Gute! (C)

Feiern Sie schön, lassen Sie sich hochleben! Ab morgen geht es dann wieder in den Clinch.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Freibier! Ossi! – Heiterkeit – Willi Brase [SPD]: Das ist der Ernährungsausschuss!)

Jetzt verabschiede ich mich hier. Zum Freibier melde ich mich auch an. Schönen Abend noch! Ich übergebe an Herrn Singhammer.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nächster Redner ist der Kollege Dr. Wilhelm Priesmeier, SPD.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Zunächst einmal macht es mir natürlich besondere Freude, dir, Alois, auch von hier vorne zu gratulieren. Ich verspreche, dass ich mich an meine Redezeit halte, damit du früh feiern kannst. Ich komme dann auch noch vorbei, so wie das unter Kollegen im Agrarausschuss an und für sich üblich ist.

- Aber nun zu den ernsten Inhalten. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich darf etwas Persönliches zum Ausdruck bringen: Gestalten macht Spaß, Regieren auch. In der neuen Konstellation der Bundesregierung werden wir, die SPD, das, was wir in den Koalitionsverhandlungen formuliert haben, hier gemeinsam mit der Union umsetzen. Ich glaube, der Koalitionsvertrag eröffnet eine gute Perspektive für Deutschland, (D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

für unsere Landwirte und vor allen Dingen auch für den ländlichen Raum.

Die Umsetzung der EU-Agrarpolitik ist ein wesentlicher Punkt, den wir jetzt angehen. Von der Agrarministerkonferenz in München ist ein Signal ausgegangen. Wir haben es aufgenommen. Jetzt gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe weiter zu fördern und zu entwickeln. Denn mittelfristig wollen wir alle auf die direkte Einkommensstützung durch Prämien verzichten;

(Beifall bei der SPD)

das muss zumindest Ziel einer geordneten Agrarpolitik sein. Es bleibt für die SPD ein Ziel für die Zukunft, auch über das Jahr 2017 hinaus. Wir wollen die freiwerdenden Mittel zielgerichtet in den ländlichen Raum investieren.

Insofern freue ich mich ganz besonders über das Bekenntnis des Herrn Ministers zum ländlichen Raum, das er anlässlich der Grünen Woche und auch heute ausgesprochen hat. Denn für eine strukturierte Politik, die den ländlichen Raum vorwärtsbringt, bedarf es einer besseren Koordinierung.

(Beifall des Abg. Willi Brase [SPD])